

KOMMUNALPROGRAMM DER PIRATENPARTEI

für Göttingen
Stadt und Landkreis



**PIRATEN
PARTEI**



Die Präambel der Piratenpartei LV Niedersachsen:

Eine freie, gleiche und solidarische Gesellschaft

Die Piratenpartei Deutschlands Landesverband Niedersachsen tritt dafür ein, dass geringstmögliche Herrschaft durch Menschen über Menschen ausgeübt wird und die Entwicklung jedes Einzelnen als Bedingung der Entwicklung aller ermöglicht wird. Jede Art Herrschaft ist eine gesellschaftliche Delegation, die jederzeit aufgehoben oder zurückgezogen werden kann.

Alle individuellen Menschen sind vor dem Gesetz gleich und es darf keine diskriminierende Behandlung geben aufgrund von Zugehörigkeit, Überzeugung, wirtschaftlicher oder sozialer Grundlage.

Die Gesellschaft hat dafür einzustehen, dass alle Menschen eine Lebensgrundlage haben, die ihnen eine freie, persönliche, körperliche, politische und kulturelle Entwicklung ermöglicht. Weder derzeit noch zukünftig darf das Risiko bestehen, dass diese Lebensgrundlagen für die Menschen dieser und anderer Gesellschaften gefährdet werden.

INHALT

Bürgernähe und Transparenz	5
Recht auf Privatheit	7
Bildung	9
Öffentlichkeits- und Pressearbeit	15
Kultur	17
Finanzen	18
Wirtschaft	21
Umwelt und Energie	25
Infrastruktur und Verkehr	29
Arbeit und Soziales	34
Impressum	36
Ihre Kandidaten	37



VORWORT

Wir sind Ihre PIRATEN

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. Dies sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit in über 42 Staaten – und natürlich auch bei uns in Niedersachsen.

Am 10. September 2006 wurde die Piratenpartei Deutschland in Berlin gegründet. Während des Wahlkampfes zur Europa- und Bundestagswahl 2009 erlebte die Piratenpartei einen raschen Mitgliederzuwachs. Bei der Bundestagswahl hat sie als neue Partei sofort 2% der Stimmen erreicht. Etwa 800.000 Menschen haben uns ihre Zweitstimme geliehen. Für unsere schwedische Schwesterpartei sitzen zwei Abgeordnete im Europaparlament.

Der uralte Traum, alles Wissen und alle Kultur der Menschheit zusammenzutragen, zu speichern und heute sowie in der Zukunft verfügbar zu machen, ist durch die rasanten Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte

im Bereich der Informationstechnologien in greifbare Nähe gerückt. Wie jede bahnbrechende Neuerung erfasst diese alle Lebensbereiche und führt zu tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft. Die Piratenpartei möchte dazu beitragen, dass die Chancen dieser Entwicklungen genutzt werden und kämpft dafür, die Gefahren des Missbrauchs abzuwenden.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur bei Wahrung der Privatsphäre sind auch auf kommunaler Ebene die Grundpfeiler der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Nur auf dieser Basis kann eine von den Bürgern getragene, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung bewahrt werden. Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteile aller mitgestalten will.

UNSERE ZIELE

Bürgerrechte stärken

Das Herausbeschwören von Terrorpanik schützt niemanden. Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit dürfen nicht beschnitten werden. Deshalb fordern wir die Aufhebung von Bannmeilen und die Einschränkung der verbrieften Versammlungsfreiheit.

Mitbestimmung verbessern

Wir befürworten eine stärkere Einbindung der Bürger auf allen Ebenen der Politik. Wir werden die Hürden für Volksentscheide deutlich senken und Möglichkeiten zur direkten Mitbestimmung schaffen.

Korruption bekämpfen und Transparenz schaffen

Transparenz ist bei allen politischen Entscheidungen wichtig. Verflechtungen zwischen Politikern und Lobbyisten wollen wir konsequent offenlegen. Öffentlich-rechtliche Medien müssen frei von politischer Einflussnahme sein.

Freie Bildung gewährleisten

In unserer Wissensgesellschaft ist Bildung ein Grundrecht. Daher lehnen wir Studiengebühren ab. Staatlich geförderte Forschung soll allen frei zugänglich gemacht werden.

Daten besser schützen

Persönliche Daten müssen vor Missbrauch geschützt werden. Wir wollen die staatliche Datensammelwut stoppen und die pauschale Überwachung unbescholtener Bürger unterbinden.

Umwelt erhalten

Eine intakte Umwelt ist Menschen- und Bürgerrecht. Wir sind daher für eine fortschrittliche Umweltpolitik ohne Atomkraft. Zudem setzen wir uns für Modellprojekte zum kostenlosen Nahverkehr mit Bus und Bahn ein.

Unternehmerisch handeln

Wir wollen die Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden wie der IHK abschaffen. Außerdem setzen wir uns für eine Überprüfung und Offenlegung staatlicher Subventionen ein. Ferner möchten wir das Personal für die Steuerprüfung in Großbetrieben aufstocken.

Gläserner Bürger? Transparenter Staat!



BÜRGERNÄHE UND TRANSPARENZ

Mitmachen ermöglichen.

Wir wollen die nötigen Infrastrukturen für Göttinger Bürger schaffen, die eine schnelle und effektive Mitarbeit ermöglicht.

Erste Bedingung dafür ist, dass alle Bürger in die Lage versetzt werden, die Stadtrats- und Kreistagssitzungen durch Videoübertragung im Internet und Aufzeichnung mitzuerleben oder nachträglich in Gänze ansehen zu können. Durch eine solche leicht umsetzbare Maßnahme kann jeder "seine" Abgeordneten sehen, wie diese argumentieren und agieren. Das bildet eine gute Basis zur Diskussion und für die Frage der Wiederwahl.

Wir fordern die Übertragung der Sitzungen des Rates der Stadt und des Kreistages über die Internetseite der Stadt und des Landkreises. Dazu ist eine entsprechende Mediathek einzurichten.

Die Veröffentlichung von Unterlagen, Formularen und Protokollen im Internet ist fortzusetzen und zu erweitern. Die langfristige Dokumentation der Schriftstücke ist sicherzustellen.

Bürgerbefragung und Bürgerbegehren

Bei Projekten mit einem Gesamtvolumen ab 5% des jährlichen Haushaltes müssen die Bürger mit in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Informationsgrundlage kann mindestens eine Meinungsumfrage sein bis hin zu Bürgerentscheiden durch Abstimmungen.

PIRATEN fordern einmal im Jahr den Bürger "an die Urne zur Abstimmung" zu bitten. An diesem einzurichtenden „Tag der Demokratie“ werden Bürgerbegehren und Bürgerbefragungen möglich. Die Themen werden durch Eingabe mit einer gewissen Anzahl von nicht-anonymen Stimmen ermittelt.

Die Informationspolitik der Stadt und des Landkreises zur Umsetzung von Großprojekten (z.B. Südspange, GVZ III) ist zu verbessern. Die Bürger sind im Vorfeld von Planungen zu informieren, sodass es zur rechtzeitigen Meinungsbildung kommen kann. Ferner soll den Bürgern des Landkreises dort ein besonderes Mitspracherecht bei Entscheidungen eingeräumt werden, die sie als Privatperson direkt berühren. Veröffentlichungen als Aushang im Rathaus bzw. in einem Amtsblatt reichen dabei nicht aus.

**Wenn du wüsstest,
was hier alles über
dich gespeichert wird
...**



- für mehr Privatsphäre im Netz
- gegen Vorratsdatenspeicherung

RECHT AUF PRIVATHEIT

Wir werden innerhalb der Göttinger Verwaltung die Einhaltung unserer Datenschutzregel: **Datenschutz durch Datenvermeidung** einführen. In vielen Fällen existieren Archive und Backups nur, weil die Möglichkeit des Sammelns existiert.

Bei Abwesenheit von konkreten bürgernahen Nutzungsplänen für gesammelte Daten, werden wir deren Löschung beantragen.

Die PIRATEN wollen keine heimliche Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern und fordern einen kontrollierten und maßvollen Einsatz von Überwachungsmaßnahmen im öffentlichen Raum. Außer Frage steht für uns, dass sensible Bereiche eine Überwachung erfordern können, dies muss jedoch von einer unabhängigen Seite bestätigt werden sowie die Verwendung der anfallenden Daten transparent nachgeprüft werden können.

Göttingen braucht einen Datenschutzbeauftragten, der außerhalb der Stadtverwaltung mit Rechten und Befugnissen ausgestattet ist und Datenschutzverstöße aufzeigen sowie

ggf. Maßnahmen einleiten kann, um diese zu unterbinden. Der Schutz der Privatsphäre der Göttinger Bürger muss durchgesetzt und nicht nur beobachtet und kommentiert werden.

Der Adresshandel seitens der Stadt (Einwohnermeldeamt u.a.) soll in Zukunft nur noch mit ausdrücklichem Einverständnis der Bürger geschehen dürfen.

Die Veröffentlichung von sehr detaillierten Wahlergebnissen aus Wahlbezirken mit wenigen Wahlberechtigten gefährdet die Anonymität der Wahl. Im Nachhinein können Personen identifiziert und z.B. sozialer Druck auf Wähler von kleineren Parteien ausgeübt werden. Der kleinste ausgewiesene Wahlbezirk hat nur etwas mehr als 100 Wahlberechtigte. Wir setzen uns für eine kumulierte Darstellung kleinerer Wahlbezirke in einem größeren Kontext ein, um eine tatsächliche Anonymität der Wähler zu wahren und eine Zuordnung von Stimmen zu einzelnen Personen zu verhindern.

Kameraüberwachung im öffentlichen Raum wurde 2010 bundesweit untersucht. Göttingen

gen wurde dabei von offizieller Seite eine einhundertprozentige Mängelquote attestiert, so z.B. Kameras in den Toilettenräumen der JVA Rosdorf. Die PIRATEN setzen sich für die konkrete Abschaltung dieser illegalen Kameras ein. Die Abschaltung gilt dabei für jene

Kameraüberwachung im öffentlichen Raum wie sie vom Datenschutzbeauftragten des Landes Niedersachsen im Kreis Göttingen bemängelt wurden. Überwachung ist niemals wichtiger als Menschenwürde (Artikel 1 GG).



BILDUNG

Keine Studiengebühren

Wir sehen uns derzeit im Wandel von einer Industrie- hin zu einer Wissensgesellschaft. Da Deutschland über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt, wird Bildung und damit die Jugend spätestens mittel- und langfristig mehr denn je zu einer der wichtigsten Ressourcen, die wir besitzen. In Folge dessen lehnen wir Studiengebühren ab und setzen uns für eine weitestgehend kostenfreie Bildung ein. staatlich geförderte Forschung soll allen frei zugänglich gemacht werden.

Durchlässigkeit der verschiedenen Schularten

Gemäß den Grundsätzen der PIRATEN ist es von Bedeutung, dass die freie Entwicklung des Kindes in allen seinen Facetten und eine Entfaltung der Persönlichkeit unterstützt wird.

Chancengleichheit, Modernität und Integration sind und bleiben wichtige Ziele, die Art und Weise ihrer Verwirklichung kann unterschiedliche Wege nehmen, muss aber den Kindern zugute kommen, damit fachliche, soziale und personelle Kompetenzen sich als gleich wertvoll entfalten können.

Freie Wahl von G8 oder G9 an allen Schulen

Da manche Kinder langsamer lernen, ist es wichtig, den Schülern (vor allem in der Zeit der Pubertät) Zeit und Raum zum Lernen und Entwickeln zu lassen. Durch G8 werden diejenigen Schüler gefördert, denen Lernen leichter fällt. Andere Schüler werden jedoch unnötig unter Druck gesetzt. Der Arbeitsmarkt verlangt nicht nach hastig ausgebildeten, sondern nach gebildeten und auch gefestigten Mitarbeitern.

Schülern muss es ermöglicht werden, sich nach ihren Fähigkeiten für G8 oder G9 zu entscheiden. Um dies zu ermöglichen müssen

die Schulen selbstständig darüber entscheiden können, welches System angeboten werden soll.

Gesamtschulen sind in größerem Maße als Schulen des dreigliedrigen Schulsystems auf die individuelle Entwicklung der Schüler ausgerichtet. Um dies Konsequenz zu erhalten, müssen Schüler an Gesamtschulen frei zwischen G8 und G9 wählen können.

Zusätzliche Gesamtschulen in Stadt und Kreis

Offenes und freies Lernen in demokratischem Umfeld darf nicht nur das Privileg weniger sein. Bisher haben die Gesamtschulen lange Wartelisten. Daher fordern wir mehr Gesamtschulen in Stadt und Kreis. Nicht nur die Schüler der Zentren sollten ohne große Wege in Gesamtschulen gehen können, daher sollten auch im Kreisgebiet mehr Angebote geschaffen werden.

Lebenslanges Lernen ermöglichen - der Weg in die Zukunft

Die Erstausbildung soll in den Prozess des lebenslangen Lernens eingebettet werden, denn bewusstes und systematisches Lernen findet nicht nur in der Kindheits- und Jugendphase (Schule und Ausbildung) statt.

Das Zeitbudget und auch die Mittelverteilung muss entsprechend flexibel eingerichtet werden. Ein lebenslanger Bildungsnachweis wird mit Eintritt in das Schulalter angelegt. Freistellungen für Bildungszeiten / Sabbatjahre müssen gesetzlich ermöglicht werden.

Lerninhalte sollen in Zukunft in „Bildungsbausteine“ gefasst werden. Dieser modulare Aufbau ermöglicht individuelle Lernwege. Frühes (schnelleres) Absolvieren und (späteres) Nachholen und Zusammenführen von Qualifikationen ist konstitutives Element des neuen Bildungswesens. Einrichtungen für Bildungsberatung zu Begleitung des lebenslangen Lernens werden eingerichtet.

Bildungseinrichtungen können unterschiedlich und individuell gewählt werden. Nicht

ein gesamter Ausbildungs- oder Studiengang wird harmonisiert oder zentral festgelegt, sondern Module und die Kombination von Modulen. Eine Bildungskommission (auf regionaler Ebene) bewertet die Modulkombinationen und formuliert die Qualifikationsebene, bzw. den Abschluss. Die Abgrenzung der beruflichen Bildung von der schulischen Bildung wird aufgehoben zugunsten einer starken Vernetzung. Zentrale Qualifikationsmerkmale in Kernfächern werden auf überregionaler Ebene festgelegt.

Medien und Bildung

Heutzutage gibt es eine Vielzahl von Informations- und Kommunikationsmedien. Die Nutzung und Auseinandersetzung mit diesen Medien ist unerlässlich für eine gesellschaftliche Teilhabe. Sie bieten Informationsvielfalt und vielseitige weitere Möglichkeiten (Bildung, Unterhaltung etc.). Wir möchten die allgemeine Medienkompetenz stärken. Bei mündigem Umgang mit den neuen Medien, erübrigt sich eine starke Reglementierung, welche ihre Freiheit und Unabhängigkeit über Gebühr einschränken würde. Dazu ist

es uns ein wichtiges Anliegen bereits jungen Menschen den verantwortungsvollen Umgang mit diesen Medien zu vermitteln.

Computer gehören zum Lebensalltag der Kinder. Sie sollen behutsam an den Computer als ein vielseitiges Werkzeug herangeführt werden.

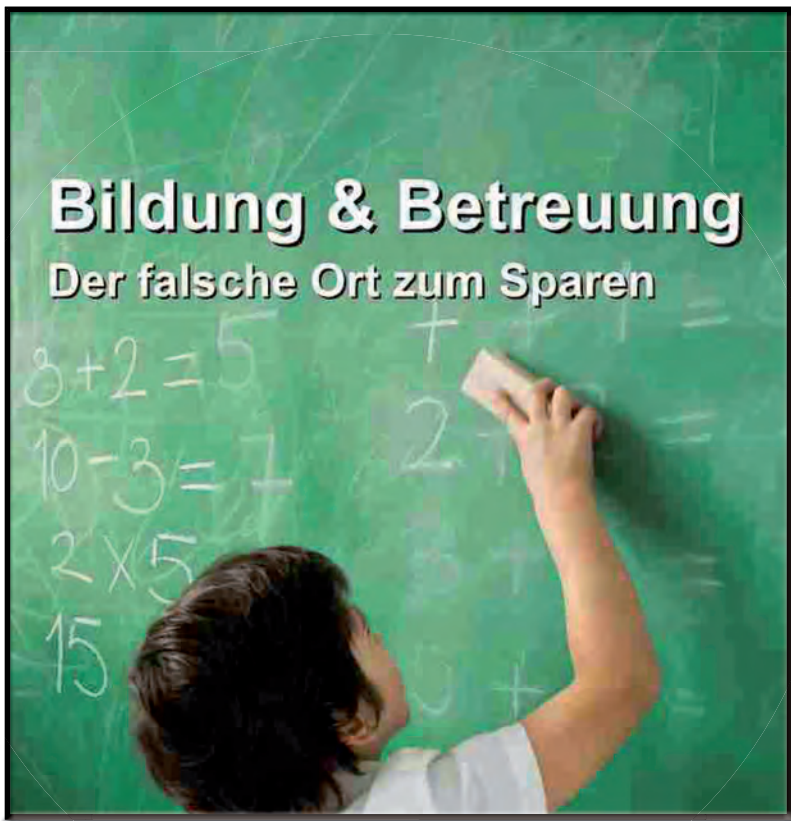
Die Lehrkräfte begleiten die Schüler bei ihren ersten Erfahrungen. Lehrer müssen in die Lage versetzt werden, die Möglichkeiten und Gefahren der Computerwelt zu erfassen und abzuschätzen. Besonders Schulen in kommunaler Trägerschaft müssen die Infrastruktur bereit stellen, die hierzu erforderlich ist.

Die PIRATEN werden Konzepte erarbeiten, die Weiterbildung besonders für Lehrer der Nicht-IT-Themen (Deutsch, Englisch, Geschichte, ...) über die neue Kommunikation ermöglichen.

Bei Kindern und Jugendlichen wollen wir die Medienkompetenz fördern. Hierbei sollte Sensibilisierung für potentielle Gefahren (Cybermobbing usw.) vorrangig vor Verhängung von Verboten sein. Zielgruppe sind hier in erster Linie die Eltern, die über Lehrer (Elternabende) erreicht werden.

Bildung & Betreuung

Der falsche Ort zum Sparen



Die Sensibilität für IT-Sicherheitsbelange (Stichworte: Datendiebstahl, "Nigeria-E-Mails") ist bei Erwachsenen und älteren Menschen zu verbessern. Durch öffentliche Informationsabende in Göttingen und Umgebung kann dieses Ziel auf kommunaler Ebene erreicht werden.

Bildungsinfrastruktur und Anfahrtszeiten

Die Einführung einer maximalen Anfahrtszeit für Kinder zur Schule, verlangt den Erhalt kleinerer Schulen und vielleicht auch neue flexiblere Unterrichtskonzepte. Kinder, die bereits mit unter zehn Jahren über eine oder gar zwei Stunden täglich im Bus sitzen, verlieren einen wichtigen Teil ihrer Kindheit durch Busfahrzeiten. Das soll vermieden werden.

Trennung von Staat und Kirche

Auf der Grundlage der Trennung von Kirche und Staat müssen staatliche Schulen und Kindergärten weltanschaulich neutrale Räume sein.

Die freie Wahl zwischen Ethik- und Religionsunterricht muss gewährleistet bleiben.

Der Religionsunterricht soll keine Unterweisung einer Religion sein, sondern die Unterweisung der Religionen in der Gesellschaft.

Schullandheim

Wir fordern zu überprüfen, unter welchen Rahmenbedingungen das Schullandheim des Landkreises Göttingen in Pelzerhaken an der Ostsee wieder in Betrieb genommen werden kann, ggf. unter Einsatz von zivilgesellschaftlichem Engagement.

ÖFFENTLICHKEITS- UND PRESSEARBEIT

Förderung der Meinungsvielfalt innerhalb Göttingens. Die lokale Medienlandschaft ist einseitig. Wir werden bürgernahe kommunale Presse auch in den Online-Medien unterstützen und an neuen Konzepten für eine objektive Presse auch außerhalb des Internets arbeiten.

Wir wollen einen öffentlichen Presseleseraum einrichten z.B. in Stadtbibliotheken. Dort sollen alle Druckerzeugnisse von Tageszeitungen über Schülerzeitungen bis hin zu Flugblättern und Magazinen mit regionalem Bezug gesammelt und über einen gewissen Zeitraum einsehbar sein.

Wir werden die Pressearbeit der Stadt- und Kreisorgane von einem Zustand der nur nötigsten Informationen zur proaktiven Lieferung von Zusatzinformationen zu den Bürgern verändern.

Beispielsweise muss eine Überlegung das Weender Freibad zu schließen mit umfangreichen Daten begründet und Alternativen beleuchtet werden.

Nur so können Göttinger Bürger am demokratischen Prozess mitwirken und eine Entscheidung inhaltlich mittragen.

Öffentlichkeitsarbeit heißt Wissen vermitteln und die Bürger so in die Lage versetzen mündig und demokratisch mitzuentcheiden.

Der Göttinger Stadt- und Kreisverwaltung werden wir neue moderne und bisher ungenutzte Wege der bürgernahen Lobbyarbeit aufzeigen, die helfen Politik erfahrbar zu machen. Der Stand von laufenden Projekten wird so in Göttingen konstant verfolgbar. (siehe Transparenz)

Demokratie braucht Bürger, die ihr helfen!



KULTUR

Erhalt, Förderung und Ausbau alternativer Spielstätten und Bühnen.

Da viele Personen bereit sind eine weitere Anreise zu einem Theaterabend anzutreten, sollen die geförderten Projekte im Ausgleich zur Förderung auch Stücke und Konzerte im Theaterprogramm außerhalb des Stadtgebiets anbieten.

Die erfolgreich genutzte Drachenwiese im Süden Göttingens soll ein Modell für ähnliche Flächen im Norden und Westen sein.

Der Wilhelmsplatz wird durch die Öffentlichkeit sehr gut angenommen. Ähnliche Plätze für den Aufenthalt ohne Verzehrzwang sind der Cheltenhampark und der Waageplatz, denen allerdings Konzessionen für einen Kiosk bzw. Imbiss in der näheren Umgebung fehlen. Wir werden bürgernahe Plätze ohne Verzehrzwang einfordern.

Der Erfolg des kulturellen Austauschs und die Weltöffnung Göttingens durch die bestehenden Partnerstädte (Cheltenham, Torun,

Pau, Wittenberg) soll ein Anreiz sein, weitere Partnerschaften im internationalen Ausland zu bilden.

Schaffung eines Bürger-Museums in freier Gestaltung (auch Eintritt) durch Vereine. Dafür soll ein leerstehendes öffentliches Gebäude gefunden werden, welches mietfrei angeboten werden kann.

Eine 5-vor-Karte an allen Spielstätten und Kinos soll eingerichtet werden. Mit dieser Karte können bis fünf Minuten vor Beginn unbesetzte Plätze „erworben“ werden. Diese Karte kann zu einem vergünstigten Eintrittspreis für einen bestimmten Zeitraum von allen Bürgern erworben werden. An ALG II-Empfänger wird diese Karte kostenlos abgegeben. Eine optische Unterscheidung der beiden Kartentypen ist nicht möglich.

Haushaltslage

Eine Entschuldung der Stadt Göttingen ist zu befürworten, auch die Forderung nach einem tendenziell ausgeglichenen Haushalt. Bei dem Entschuldungsangebots der Landesregierung in Hannover an die Stadt Göttingen ist darauf zu achten, dass nicht Leistungen gekürzt werden, die zu einer Kulturstadt wie Göttingen gehören (siehe unter Kultur).

Viele Kommunen und Landkreise haben einen desaströsen Finanzhaushalt bzw. Nothaushalt. Ziel unserer Politik ist, es, diese Finanzhaushalte langfristig zu sanieren. Die Kassenkredite müssen abgebaut werden, ohne die Bürger doppelt zur Kasse zu bitten, nämlich durch höhere Zinsbeträge und Kürzung von Leistungen.

Wir setzen uns für einen Bürokratieabbau in Städten und Gemeinden ein, wo dieser keine spürbaren Nachteile für Bürgerinnen und Bürger zur Folge hat. Weniger Regulierung und Bürokratie kann Verwaltungsabläufe beschleunigen und Kosten einsparen, ohne dass geltende Vorschriften verletzt würden. Eine Überregulierung durch die öffentliche Verwaltung muss vermieden werden.

Verwaltungskosten lassen sich vermindern, wenn eine Wiedereingliederung der Wirtschaftsförderung (GWG GmbH) und der Sportförderung (GoeSF GmbH) in den Haushalt der Stadt als Eigenbetrieb erfolgt. Dies spart u.a. Kosten für Handelsregistereinträge, Aufwandsentschädigungen für Vorstände und Aufsichtsräte sowie die für den Jahresabschluss anfallende Gebühr für Wirtschaftsberatungsfirmen. Insbesondere jedoch reduziert diese Maßnahme die Anzahl an Schattenhaushalten und fördert so in besonderem Maße die Transparenz in der Verwaltung. Ein Kosten-Nutzen-Analyse soll überprüfen, ob durch die Ausgliederung von Stadtbetrieben ein Schaden entstanden ist oder entsteht.

Der stärkere Einsatz von Open-Source-Programmen in der Verwaltung kann dazu beitragen, Ausgaben zu senken. Wir werden ermitteln, welche jährlichen Summen für proprietäre Softwarelizenzen und dazu passende Geräte anfallen und diese Ausgaben reduzieren.

Wir werden Prestigeprojekte auf ihre Erforderlichkeit prüfen um Kosten zu reduzieren bevor kulturelle Institutionen von allgemeiner Bedeutung in Frage gestellt werden um den Haushalt zu refinanzieren.

Häufig besteht für Akteure der Zivilgesellschaft ein Bedarf an zentral gelegenen Räumlichkeiten. Die PIRATEN sind dafür, ihnen Immobilien zur Verfügung zu stellen, die sich im Besitz der Kommune befinden, anstatt diese zur Sanierung der Haushalte zu veräußern.

Der Erhalt des Weender Freibades bedeutet uns ein Stück Lebensqualität zu sichern. Die Stadt soll hier die den Plänen zugrunde liegenden Daten vollständig offenlegen. Ein Antrag solchen sozialen Ausmaßes muss bereits im Vorfeld transparent sein, um eine sachliche, öffentliche Debatte führen zu können.

Einführung eines Bürgerhaushaltes

Die Piratenpartei Göttingen setzt sich für einen Bürgerhaushalt für die Stadt Göttingen und den Landkreis ein. Wir fordern ein zunächst jährliches Ansteigen des durch Göttinger Bürger direkt verwalteten Etats. Kritiker erhalten so die Möglichkeit den Erfolg der direkten Demokratie zu erleben und sich langsam darauf einzustellen oder ein Scheitern darzulegen und zu klassischen Haushaltsformen zurück zu kehren.

Wichtig zur Einschätzung finanzieller Verflechtungen in der Kommune sind die Zahlungsströme. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Aus- und Einzahlungen an und von juristischen Personen veröffentlicht werden. Eine Recherchemöglichkeit wollen wir über die Leitseite der Gemeinden, des Landkreises und der Stadt anbieten, ohne dass es einer Registrierung bedarf oder der Zugang hierzu in sonstiger Weise Beschränkungen unterliegt. Wenn Zahlungsprozesse nicht veröffentlicht werden dürfen (z.B. Steuergeheimnis) oder anonymisiert werden müssen, wollen wir zumindest die Höhe der Beträge öffentlich bekannt geben.

Verantwortung für politisches Handeln darf nicht an externe Experten delegiert werden.

Werden externe Experten und Sachverständige in Entscheidungsprozessen zu Rate gezogen, so muss gewährleistet sein, dass sie Verantwortliche und Bürger transparent und nachvollziehbar informieren. Das ist Voraussetzung, um sich eine unvoreingenommene Meinung bilden können.

Schülerfahrkarten auf Antrag für alle Klassen

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Schüler aller Schularten und Klassenstufen ab einer bestimmten Entfernung vom Wohnort eine Schülerfahrkarte kostenlos erhalten.

Die Fahrt zur Schule muss unabhängig vom Geldbeutel des Elternhauses ermöglicht werden. Dies darf nicht nur für die Pflichtschulzeit gelten, sondern muss bis zum Ende der Sekundarstufe II beibehalten werden.

WIRTSCHAFT

Umwelt und Wirtschaft müssen in einem Gleichgewicht stehen.

Neue Ansiedlungen/Standorte welche an bislang ungenutzten Flächen durchgeplant werden, für die es realistischer Weise mittelfristig keinen Bedarf gibt müssen vermieden werden. Hierzu werden die PIRATEN darauf hin wirken, dass die nicht ausgeschöpften Gewerbegebiete an der Siekhöhe vorrangig Verwendung finden. In diesem Industriegebiet gibt es bisher nicht genutzte Freiflächen.

Die PIRATEN sehen keinen Sinn darin, ein neues Güterverkehrszentrum III zu planen und zu bauen, wenn die Güterverkehrszentren I und II noch erhebliche Nutzungspotentiale bieten. Ein hoher Flächenverbrauch birgt große Umweltprobleme. Nicht mehr genutzte Gewerbeflächen müssen effizienter wiederbelebt werden, bevor weitere Gewerbegebiete ausgewiesen und so Wohn- und Lebensraum nachteilig beeinflusst werden.

Die beste Förderung der Wirtschaft ist, Innovationen zu fördern. Wir erkennen an, dass viele kleine Betriebe von Wirtschaftsförderungsprojekten profitieren (GoeTec).

Die politische Handlungslogik macht es schwer, einmal eingeführte Subventionen wieder abzubauen. Subventionen behindern Kreativität. Freiwerdende Mittel können eingespart werden oder zu gezielter Einzelfallförderung verwendet werden.

Die Anpassung der Betriebe an Subventionsrichtlinien muss aufhören. Der Abbau von Wirtschafts-Subventionen mit Rechtsanspruch (das bezieht sich nicht auf die Förderung von Kultureinrichtungen) und die Umwandlung in Einzelfallförderung ist ein Ziel, dass in einer Dekade umsetzbar ist, wenn konsequent daran gearbeitet wird. Es ist Ziel der Piratenpartei Schritte in diese Richtung zu unterstützen und anzuregen.

Die PIRATEN werden sich dafür stark machen, qualitative Rahmenbedingungen festzulegen (z.B. Qualitätsstandards) nach deren Erfüllungsgrad öffentliche Aufträge vergeben werden. Hierbei werden wir die Möglichkeit

der Konsumenten in den Vordergrund stellen, durch das Kaufverhalten nachhaltig erzeugte Waren und Dienstleistungen zu honorieren.

Die PIRATEN werden sich dafür einsetzen, regionale Anbieter stärker zu berücksichtigen.

Lokale Wirtschaftsgründungen sollen beworben werden, damit Kapital nicht durch Konzerne aus der Region abgeführt wird.

Beispiele

können sein: Die Anwerbung lokaler Energie-lieferanten, Windkraft, Biogasanlagen, Erd-wärme, aber auch kleine Wassermühlen mit Generator. Wir werden fordern, dass Pla-nungskonzepte und konkrete Vorschläge für mögliche Standorte in der Region von der Stadt erarbeitet und veröffentlicht werden. Den lokalen Telefonnetzbetreiber zum Aus-bau der Leistungen motivieren. Ein Angebot mit generell verschlüsselten Telefongesprä-chen, sowie anonymer Netznutzung sind eine Möglichkeit dem wachsenden Bedarf der Bürger nach Privatsphäre abseits der Überwachung gerecht zu werden und dabei wirtschaftlich und sozial ein solides Verkaufs-argument zu bieten.

Ausgaben der Stadt sollten bei lokalen An-bietern getätigt werden. Nicht um jeden Preis

ist das billigere Angebot auch das Preiswerte-re. Billigangebote gehen meist zu Lasten der Mitarbeiter oder der Qualität. Die Ausgaben kommen über den lokal gestärkten Markt und Steuern wieder zurück. So rechnen sich mittelfristig Aufträge in der Region.

Wir wollen die Kommunen als finanzstarke Kunden für mögliche lokale Energie, lokale Telefonanbieter, lokale (freie) Tankstellen, etc. fördern. Am Beispiel der Sparkassen ist dieses Konzept schon lange regional erfolgreich umgesetzt.

Wir stehen der Absicht, Gemeinden und Landkreise zusammen zu schließen, positiv gegenüber, wenn dabei die modernen Kom-munikationsmittel zu dezentraler kommu-naler Dienstleistung (eGovernment) gewähr-leistet ist. Bei der Planung derartiger Projekte ist es Ziel, auf die Beauftragung von teuren Gutachten zu verzichten. Die Politik muss Entscheidungen erforderlichenfalls mit Bürgerbeteiligung treffen. Verantwortung für politisches Handeln darf nicht an externe Experten delegiert werden.

**Wir sind dein Fuß
in der Tür zum Rathaus**



**GEGEN BÜROKRATEN
HELFEN NUR
PIRATEN**



UMWELT UND ENERGIE

In Sachen Natur und Umwelt ist unser Landkreis vielseitig und abwechslungsreich. Dieser Zustand muss erhalten bleiben.

Die Region hat große Potentiale, bezüglich erneuerbarer Energien, diese sollen ausgebaut und genutzt werden. Zur Vermeidung von neuen Stromtrassen sind dezentrale Lösungen zu entwickeln.

Bedenken in der Bevölkerung können nur durch Transparenz überwunden werden. Die Vorteile von dezentralen Einrichtungen der Energieversorgung werden deutlich gemacht werden. Das beste Beispiel dafür ist in unserem Landkreis das Bio-Energie-Dorf Jühnde.

Dezentralen Lösungen, die unsere Region stärken ist dabei ein Vorzug einzuräumen gegenüber Lösungen, die massiv in Natur und Umwelt eingreifen.

Die PIRATEN unterstützen den Wunsch der Tierschützer eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen einzuführen, ferner die Tierschutzbehörde (Veterinäramt des Landkreises) zu beauftragen, einen Tier-

schutzbericht zu erstellen, in dem detailliert die Regelungen zum Tierschutz (Fundtiere) in den einzelnen Gemeinden dargestellt und diese auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Hierbei sind die Verbände (Tierschutzverein, BUND, Nabu) zu beteiligen.

In einigen Gemeinden im Landkreis werden Massentierhaltungen (Schweinemastanlagen) betrieben. PIRATEN lehnen industrielle Fleischproduktion ab und werden Planänderungen, die den Bau von Massen-Mastanlagen ermöglichen, ablehnen.

Landwirtschaft

Die Piratenpartei wird den Absatz der lokalen landwirtschaftlichen Produkte unterstützen. BIO betrifft nicht nur die Schadstoffbelastung im Endprodukt. Wir werden die Dezentralisierung der Vermarktung voran bringen. Kurze Lieferwege gehören dazu sowie auch faire Entlohnung. Das Schaffen von lokalen Kreisläufen und lokalen Produktmarken können gegebenenfalls durch bundesweite Anerkennung zur nötigen Akzeptanz geführt werden.

**Keine Patente
auf Pflanzen
und Tiere!**



Hier einige Beispiele:

1. Eine Qualitätsauszeichnung für Restaurants, welche bis zu 80% der Nahrungsmittel aus einem lokalen Umkreis beziehen. (reg.l.O.)
2. Schaffung einer Marke (ökoBIO) - Wenn das Produkt nicht nur Schadstoffarm (BIO) produziert wird, sondern auch lokal, ökologisch und fair gehandelt wird.
3. Erzeugung von Energie aus Lebensmitteln oder Biomasse (Raps, Mais) geht unseres Erachtens den falschen Weg. Die Verwertung von Biomassen-Abfall zur Erzeugung von Treibstoffen kann aber sinnvoll sein.

Erneuerbare Energien

Atomstrom.

Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima haben gezeigt, welche Risiken von Atomkraftwerken ausgehen und welche fatalen Folgen ein GAU mit sich bringt. Göttingen liegt nahe dem Atomkraftwerk Grohnde und ist im Falle eines GAUs direkt betroffen. Die Piratenpartei Göttingen setzt sich für einen schnellen und

dauerhaften Umstieg auf erneuerbare Energien ein; dabei soll die dezentrale Energieversorgung gefördert werden. Für Bürgerinnen und Bürger soll der Kreis Göttingen eine von Stromkonzernen unabhängige Energieberatungsstelle einrichten.

Atomstromausstieg.

Verträge, die der Kreis und die Stadt Göttingen mit Atomkraftwerksbetreibern geschlossen haben, sind transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu prüfen. Auch rechtliche Verfahren hat Göttingen nicht zu scheuen, wenn sie die Chance auf einen schnellen Ausstieg aus dem Atomstrom bieten.

Alternative Stromversorger.

Auch bei Ökostromanbietern sollte der Rat immer die Möglichkeit haben, auf Tarifänderungen reagieren zu können. Verträge sollten daher nie über eine Legislaturperiode hinaus abgeschlossen werden.

Ehrliche Politik

braucht keine Hinterzimmer



INFRASTRUKTUR UND VERKEHR

Straßennetz

Eine Vielzahl von Straßen im Landkreis und der Stadt bedürfen der Instandsetzung. Im Besonderen nach den Wintermonaten - eine zeitnahe kostensparende Reparatur ist hier angebracht.

Wir achten darauf, dass statt in punktuelle Prestige-Projekte (siehe Neubau B241) die Geldmittel für Verbesserungen in der Fläche investiert werden.

Bahnnetz

Die Bahn-Infrastruktur des Personen- und Güterverkehrs sollte verbessert werden. Alle Trassen, wo es ohne großen Aufwand möglich ist, sollten zweigleisig umgesetzt werden. Die Bahn als Transportmittel muss attraktiver werden. Der Personen- und Güterverkehr sollte interessanter und flexibel nutzbar gestaltet werden.

Wir werden die Planungen zum GVZ III (Leineberg) und dessen Erstellung im Hinblick auf die geplante Bahnanbindung prüfend begleiten. Im Besonderen werden wir prüfen, ob die Aussage von bis zu 1500 neuen qualifizierten Arbeitskräften der Wahrheit entspricht. Diese Nutzen sollen den zu erwartenden Beeinträchtigungen für die Anwohner (Bahnanbindung, Lärmbelästigung, Feinstaubbelastung) gegenübergestellt werden.

Radwegenetz

Wir sind für die Weiterführung des begonnenen Göttinger Radwegeplans. In Anbetracht des bereits umfangreichen Radverkehrs und einer weiteren zu erwartenden Steigerung ist der Radwegeplan für die Zukunft gezielt zu entwickeln. Zur Senkung von Unfällen im Radverkehr bzw. in Verbindung mit dem übrigen Verkehr, ist eine konsequentere Trennung des Radwegenetzes von den übrigen Verkehrswegen (Straße, Fußgänger) zu prüfen. Durch die Verbesserungen im Radwegenetz wird die Nutzung des Radverkehrs gestärkt.

Wasser- und Schifffahrtsamt

Verkehrsmodelle sehen in der Schifffahrt die Möglichkeit die Straßen von starkem Gütertransport per LKW zu entlasten. Das reduziert das allgemeine Verkehrsaufkommen und fördert alle positiven Folgen daraus. Die zuständigen Stellen zu schließen und damit aktuelle Fachkräfte zu entlassen, sowie die Ausbildung zukünftiger Fachleute zu behindern halten wir für eine kurzsichtige und wenig nachhaltige Entscheidung.

Das Wasser- und Schifffahrtsamt in Hann. Münden soll deshalb in voller Größe erhalten bleiben. Zusätzlich soll überprüft werden ob das WSA den aktuellen und zukünftigen Aufgaben in vollem Umfang gerecht wird und die dafür zugeführten Gelder zielgerecht eingesetzt werden.

ÖPNV

Die regionale Mobilität muss nicht zwingend profitbasierend betrieben werden. Die Mobilität ist wichtiger Bestandteil einer kommunalen Lebensqualität. Wir sehen es als Aufgabe der Stadt- und Kreisverwaltung an, Konzepte umzusetzen, die eine Teilnahme am kommu-

nalen Leben ermöglichen. Die Anbindung des Göttinger Umlandes muss verbessert werden.

Besonders junge Menschen brauchen in der Nacht eine garantierte und kostengünstige Heimfahrmöglichkeit. Wir werden die Anbindung der stadtnahen Gemeinden an ein Nachtbusnetz fordern.

Die innerstädtischen Busrouten sollen auf den Prüfstand und ggf. so umstrukturiert werden, dass sich Transferzeiten verkürzen. Um den Autoverkehr aus der Innenstadt zu bannen, soll Fahren mit dem Bus innerhalb des Wallgebietes und von Park & Ride-Parkplätzen kostenlos möglich sein. Hier werden Kosten für die innerstädtische Parkraumbewirtschaftung gespart und für die kostenlose Busnutzung eingesetzt.

Neben ökonomischen spielen auch ökologische Aspekte eine zunehmend wichtige Rolle. In einer Stadt, die Wissen schafft, wollen wir prüfen inwieweit Göttingen führende Technologien im praktischen Betrieb erproben und sinnvoll einsetzen kann. (Stichwort Elektromobilität).

Nummernschilder

Wir lehnen eine Änderung der Nummernschilder ab, sofern dies nur aus Prestigegründen geschieht. Deshalb muss im Vorfeld geprüft werden, ob die logistische Versorgung und die Verwaltung Bürgergerecht und kostenminimierend geregelt ist.

Generell sprechen wir uns für eine sinnvolle Änderung des Nummernschilder-Systems in ganz Niedersachsen aus. Dieses soll erlauben die Kennzeichen auch bei einem Wohnortwechsel innerhalb Niedersachsens zu behalten. Dieses Modell funktioniert bereits in anderen Bundesländern und reduziert dort Aufwand und Kosten bei den verwaltenden Stellen genauso wie bei den KFZ-Besitzern.

Internet für Alle

Die Piratenpartei wird den Ausbau von Breitband-Anbindungen in ländlichen Bereichen voranbringen und regionale sowie kommunale Fördermaßnahmen prüfen. Wo es die vorhandene Infrastruktur gestattet, sollen offene WLANs den Bürgerinnen und Bürgern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Flughafen-Neubau Kassel-Calden

Die Piratenpartei lehnt den Flughafenneubau in Kassel-Calden ab. Er ist verkehrspolitisch unnötig, strukturell fragwürdig, und finanzpolitisch ein unkalkulierbares Risiko.

Von Kassel aus sind die Flughäfen in Paderborn, Erfurt, Hannover und Frankfurt a.M. bereits in unter zwei Stunden mit der Bahn oder dem PKW erreichbar. Die Versorgung der Bürger in der Region Kassel mit dem Zugang zum Luftverkehr ist damit gegeben. Zudem ist die Einbindung in die bestehende Infrastruktur mäßig. Der Flughafen verfügt nicht über einen Autobahnanschluss und als schnellste Verbindung fungiert die B 83 (Holländische Straße). Ein möglicher Anlieferungsverkehr für Industrie und Handel würde damit direkt durch die Stadt laufen und zu einem Verkehrsinfarkt führen.

Statt in Nordhessen eine Konkurrenz zum Flughafen Paderborn aufzubauen, wäre eine Kooperation mit den Ostwestfalen der richtige Weg. Nur gemeinsam lässt sich ein Regionalflughafen in der Region betriebswirtschaftlich betreiben.

Der Neubau eines Flughafens in Kassel-Calden ist ein riesiges Projekt, das Finanzmittel in Höhe von mindestens 225 Mio. Euro des Landes Hessen, der Stadt und des Landkreis Kassel sowie der Gemeinde Calden bindet. Es ist bereits abzusehen, dass die Kosten weiterhin in die Höhe schießen werden und die letzte Erhöhung um 80 Mio. Euro nicht ausreichen wird. Auch nach dem Bau wollen wir nicht die Betriebskosten des Flughafens übernehmen müssen. Wir lehnen daher eine Finanzierung bzw. Subventionierung durch öffentliche Mittel ab.

Nicht eine einzige Fluggesellschaft plant Calden anzufliegen. Die einzige wirkliche Nutzung entsteht als Ausweichflughafen für den Frachtverkehr des Frankfurter Flughafens und dies insbesondere nachts.

Wir fordern die Stadt und den Landkreis Kassel auf, den Vertrag über die Flughafen Kassel GmbH zu kündigen und aus der Flughafen-gesellschaft auszutreten.

Wasser, Müll, Kanalisation

Die PIRATEN Göttingen setzen sich für den Verbleib von Diensten und Einrichtungen in öffentlicher Hand ein, bzw. dafür, diese bei Bedarf zu rekommunalisieren.

Wir wollen sogenannte „Public-Private Partnerships“ kritisch prüfen, um Nachteile für Bürgerinnen und Bürger auszuschließen. Bundesweit haben zahlreiche Beispiele gezeigt, dass mit der Privatisierung von kommunalen und regionalen Kernaufgaben oder der Privatisierung öffentlicher Betriebe ein Qualitätsverlust verbunden ist (z.B. marode Abwassersysteme, Personen-Nahverkehr). Die Piratenpartei Göttingen möchte die Verwendung von Steuergeldern in derartigen Partnerschaften transparent und öffentlich nachvollziehbar machen.



ARBEIT UND SOZIALES

Arbeit

Wir verzeichnen im Kreis schon lange Zeit eine hohe Arbeitslosenquote. Die Stadt soll eine Arbeitsgruppe einrichten, die verschiedene Konzepte zur regionalen Arbeitsplatzförderung ausarbeitet und deren Umsetzungsschritte entwirft.

Der Landkreis ist örtlicher Träger der Sozialhilfe. Er sollte dafür sorgen, dass längerfristig arbeitslos gemeldete ALG-II-Anspruchsberechtigte die Möglichkeit erhalten, gegen eine angemessene Bezahlung geeignete Tätigkeiten zu verrichten, um z.B. gemeinnützige Zwecke zu unterstützen. Dabei tritt die Förderung von Eigeninitiativen der Betroffenen in den Vordergrund und bürokratischer Zwang in den Hintergrund.

Arbeitslosigkeit ist ein Zeichen von wirtschaftlich nicht benötigter Arbeitskraft. Wir werden in Göttingen Konzepte einfordern, um die Beteiligung von Arbeitslosen an sozial benötigter Arbeitskraft zu ermöglichen, ohne einen Billiglohnsektor zu schaffen.

Firmen, welche ihre Mitarbeitern nur so gering entlohnen, so dass weiterhin ein Bezug

von ALG-II erfolgen muss, sollen durch gezielte Veröffentlichung dazu bewegt werden, ihre Vorgehensweise im Sinne des Allgemeinwohls zu verändern. Jeder, der einer bezahlten Arbeit nachgeht, muss von dem Entgelt ohne staatliche Unterstützung leben können.

Veränderungen in der Immigrationspolitik

Die PIRATEN setzten sich dafür ein, Bedingungen zu schaffen, die eine bessere Immigrationspolitik ermöglicht.

Umsetzung einer gezielten Sprachförderung: Das bedeutet nicht nur Sprachkurse fordern, sondern auch die für ausreichend viele Lernplätze nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Piratenpartei Göttingen setzt sich für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der einzelnen Individuen ein. Ungeachtet seiner kulturellen Wurzeln soll jeder Mensch in der Gesellschaft seine Individualität ausleben

können. Dabei gilt gegenseitige Rücksichtnahme. Es müssen im Kreis Göttingen für alle Menschen die gleichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Jeder Mensch sollte die gleichen Möglichkeiten haben sich frei bewegen zu dürfen. Eine Residenzpflicht erachtet die Piratenpartei Göttingen als überholt.

Insbesondere gilt es, die strafrechtliche Beurteilung einer Verletzung der Residenzpflicht durch Immigranten aufzuheben. Es wird ein Straftatbestand erzeugt, der die Menschen kriminalisiert.

Hilfsbedürftige Menschen benötigen einen besonderen Schutze. Es gilt vergleichbare Bedingungen für alle hilfsbedürftigen Menschen zu schaffen, ungeachtet ihrer Herkunft. Die sogenannte Gutscheinpraxis lehnen die PIRATEN ab. Eine Kürzung des Regelsatzes im Asylverfahren um 20 Prozent ist nicht nachvollziehbar.

Den Ermessensspielraum nutzen. Die PIRATEN Göttingen werden sich dafür einsetzen, dass Stadtrat und Kreistag sich gemeinsam für mehr Menschlichkeit im Blei-

berecht einsetzen und Ermessensspielräume der Ausländerbehörde stärken. Der Kreisverband Göttingen der Piratenpartei lehnt (seit seiner Gründung 2009) eine Abschiebungen in den Kosovo ab. In Zukunft setzt die Piratenpartei Göttingen diesbezüglich auf eine Zusammenarbeit mit allen gleichgesinnten Parteien im Rat.

Besonderes Augenmerk legen die PIRATEN Göttingen auf die Bürgerfragestunde, da dort Betroffene selbst zu Wort kommen können. Den Bürgerinnen und Bürgern soll mehr Gehör und Mitbestimmungsrecht verschafft werden. Es ist zu prüfen, ob durch Nutzung moderner Medien auch Nichtanwesende Fragen stellen können. (Siehe Transparenz im Stadtrat und Kreistag)

Die Piratenpartei als in über 42 Staaten vertretene Partei ist auch lokal Partei der Weltbürger in Göttingen. Personen, die im Göttinger Raum von Abschiebung bedroht sind, können unserer Unterstützung sicher sein und die PIRATEN werden sich für die Durchsetzung internationaler Menschenrechte in Göttingen einsetzen.



IMPRESSUM

Piratenpartei Deutschland Kreisverband Göttingen, Niedersachsen
Postfach 30 33, 37020 Göttingen

Düstere-Eichen-Weg 52, 37073 Göttingen

Telefon: 0551 – 28296753

Vorsitzender: Dr. Meinhard Krischke Ramaswamy (V.i.S.d.P.)

E-Mail: vorstand@piratenpartei-goettingen.de

Internet: <http://www.piratenpartei-goettingen.de/>

Gestaltung und Herstellung: SCITEM Wissenschaftsagentur GmbH

Copyright: Texte und Bilder stehen

unter der CC-BY-SA Lizenz

IHRE KANDIDATEN

Kreistag

Wahlbereich 1 (Oststadt):
Marie-Luise Führ

Wahlbereich 2 (Geismar):
Irmgard Rommel

Wahlbereich 3 (Grone):
Matthias Söhnholz

Wahlbereich 4 (Weende):
Werner Gundelach

Wahlbereich 5 (Innenstadt):
Andreas Schelper

Wahlbereich 6 (Hann. Münden):
Johannes Rieder

Wahlbereich 7 (Rosdorf/Dransfeld):
Dr. Meinhart K. Ramaswamy

Wahlbereich 8 (Adelebsen/Bovenden):
Simon Jonski

Wahlbereich 9 (Gieboldehausen/Gleichen):
Dr. Hans-Georg Pagendarm

Wahlbereich 10 (Duderstadt):
Martin Rieth

Stadtrat

Wahlbereich 1 (Oststadt):
Marie-Luise Führ

Wahlbereich 2 (Geismar):
Dr. Tobias Schleuß

Wahlbereich 3 (Grone):
Matthias Söhnholz

Wahlbereich 4 (Weende):
Dr. Meinhart K. Ramaswamy

Wahlbereich 5 (Innenstadt):
Martin Rieth

**WÄHLEN
LOHNT
SICH
WIEDER ...**

PIRATENPARTEI

Piratenpartei Göttingen

Postfach 3033

37020 Göttingen

Tel. 0551 2829 6753

www.piratenpartei-goettingen.de

Regelmäßiger Stammtisch:

Montags ab 20 Uhr, bitte im Internet den
Treffpunkt nachsehen oder anrufen.

